

Stellungnahme der Studierenden des Studiengangs Stadt- und Regionalplanung am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin zu den Ergebnissen der EAP-Kommission

Als studentische Initiative und VertreterInnen der Studierenden des Studiengangs Stadt- und Regionalplanung in nahezu allen universitären Gremien wenden wir uns entschieden gegen die Umsetzung der im Vorschlag der EAP-Kommission enthaltenen Kürzung der personellen Ausstattung unseres Studiengangs auf 7 Lehrstühle und – falls die Verteilungskämpfe innerhalb der Fakultät uns nicht zu sehr benachteiligen – maximal 12 Stellen für Akademische Mitarbeiter. Damit ist die Studierbarkeit der aktuellen StuPO nicht mehr gewährleistet, die Qualität der Lehre würde einen nie geahnten Tiefpunkt erreichen.

Beim Studium der Stadt- und Regionalplanung kommt es unserer Ansicht nach weniger auf die Vermittlung von Fachwissen und Fakten, als vielmehr auf den Erwerb einer Vielzahl von Fähigkeiten und Fertigkeiten an. Das verdeutlicht auch die StuPO, in der aus diesem Grunde relativ wenig Vorlesungen, dafür aber umso mehr Projekte, Seminare und Integrierte Veranstaltungen vorgesehen sind. Diese Lehrformen erfordern natürlich einen höheren Betreuungsaufwand, der aber unumgänglich ist.

Überdies ist die Stadt- und Regionalplanung als selbständige angewandte Wissenschaft ein noch relativ junges Gebiet, welches sich in ständigem Umbruch befindet und immer neue Felder erschließt. Auch das wird in unserer StuPO deutlich. Um alle diese Felder in der nötigen Breite und Tiefe abdecken zu können, müssten die wenigen verbliebenen Lehrenden schon „Eier legende Wollmilchsäue“ sein. Mit so wenigen Personen ist die Vermittlung der vielen Facetten unseres Faches einfach nicht mehr möglich, die Qualität der Lehre würde massiv sinken und weit hinter der anderer Universitäten zurückbleiben. Und das ausgerechnet in der Region Berlin-Brandenburg, wo sowohl Stadt- als auch Regionalplanung noch mannigfaltige Aufgaben zu bewältigen haben.

Die zu erwartende Absenkung der Breite der Ausbildung wird möglicherweise dazu führen, dass die AbsolventInnen des Studiengangs nicht einmal die Kammerfähigkeit erlangen (bei den meisten Architektenkammern werden Stadtplanerlisten geführt). Diese ist Voraussetzung für die Teilnahme an den meisten Projekten der öffentlichen Hand. Die nach den Bestimmungen unseres Berufsverbandes, der SRL, im Studium der Stadt- und Regionalplanung zu behandelnden Bereiche spannen sich vom kreativen städtebaulichen Entwurf über soziologische, wirtschaftliche und ökologische Fragestellungen bis hin zu Planungstheorie und Politikwissenschaft. All diese Gebiete sollen von so wenigen Lehrenden abgedeckt werden, wenn noch dazu bei anderen Instituten, die bestimmte Teile als Service für das ISR anbieten, ebenfalls Kapazitäten abgebaut werden? Wir halten das für unmöglich.

Man mag einwenden, dass der Studiengang sich in den letzten zehn Jahren an die schlechte personelle Besetzung mit Lehrenden gewöhnt haben sollte. Immerhin sind momentan nur zwei von acht Lehrstühlen und xxx von 25 Stellen für Akademische Mitarbeiter besetzt. Allerdings gab uns die vorhandene personelle Soll-Ausstattung die Möglichkeit, wenigstens über Gastprofessuren und Lehraufträge den Betrieb des Studiengangs aufrecht zu erhalten. Dabei war die aktuelle StuPO für eine Reihe von Studierenden aufgrund des seltenen Angebots bestimmter Lehrveranstaltungen bereits nahezu unstudierbar. Von Wahlmöglichkeiten kann da nicht mehr die Rede sein.

Der Präsident der TU, Prof. Kutzler, war in seiner damaligen Funktion als Vizepräsident der TU Mitglied in der Präsidialkommission zur Strukturreform am Fachbereich bzw. der Fakultät VII und hat dort die Notwendigkeit von Planungsstudiengängen an der TU Berlin ausdrücklich befürwortet. In Folge der vorgeschlagenen Kürzungen wird unser Studiengang in der Qualität der Lehre (sowohl in der Betreuung der Studierenden als auch in der Breite und Tiefe der Durchdringung des Faches) ebenso wie in der Qualität der Forschung neue Minusrekorde erreichen. Von universitärem Anspruch kann dabei keine Rede mehr sein. Den Studierenden würde vorgegaukelt, einen auf dem

Arbeitsmarkt anerkannten Abschluss als vollwertige Stadt- und RegionalplanerInnen zu erreichen, der aufgrund fehlender Kammerfähigkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit aber nicht einmal dazu berechtigt, die geschützte Berufsbezeichnung "Stadtplaner/-in" zu tragen. Deshalb halten wir es dann nur für ehrlich und konsequent, den Studiengang zu schließen und als Kompensation z.B. einen Studiengang "Gestaltung von Bebauungsplänen" an einer Fachhochschule einzurichten. Dieser käme dann auch in den Genuss des von den Universitäten gefüllten Strukturfonds für die Fachhochschulen. Damit wäre allerdings für die TU ein wichtiges Profilmerkmal verloren, denn ähnliche Studiengänge gibt es nur noch an fünf anderen Universitäten in Deutschland. Wachsen hier keine Stadt- und RegionalplanerInnen mehr nach, ist mit Auswirkungen auf die Berliner und Brandenburger Stadt- und Regionalentwicklung zu rechnen.

Zuletzt möchten wir darauf hinweisen, dass das hier beschriebene auch für den Studiengang Landschaftsplanung gilt. Es steht uns zwar nicht zu, für diesen zu sprechen, aber nach unserer Kenntnis werden die Folgen dort sich nicht wesentlich von denen bei uns unterscheiden.

Der Projektrat - Studentische Initiative des Studiengangs Stadt- und Regionalplanung

TU Berlin

Sekr. B 01

Hardenbergstr. 40a

10623 Berlin

Tel.: 030-31428057

Email: projektrat@projektrat.de

WWW: www.projektrat.de